

Inhaltsverzeichnis zum Regelungsverzeichnis

0.	Vorbemerkungen zum Regelungsverzeichnis	3 - 5
	Abkürzungen	
1.	Regelungsverzeichnis	6 - 19

0. Allgemeines

Das Regelungsverzeichnis enthält die wesentlichen Angaben zur Straße, zu den Bauwerken und zu den betroffenen Anlagen, aber auch zu rechtlichen Regelungen, die mit dem Planfeststellungsbeschluss gemacht werden sollen.

Die im Regelungsverzeichnis aufgeführte laufende Nummer bezieht sich auf die Pläne der Unterlage 7.

1. Kostentragung und Unterhaltungspflicht

Soweit im Einzelnen keine andere Regelung ausdrücklich getroffen wird, trägt die Stadt Groitzsch die Herstellungs- bzw. die Änderungskosten der Baumaßnahme. Der jeweils künftige Unterhaltungspflichtige trägt die Unterhaltskosten.

Grundsätzlich werden ersatzweise anzulegende bzw. den geänderten Verhältnissen anzugleichende Straßen und Wege, sofern keine andere Regelung ausdrücklich getroffen werden, seitens der Stadt Groitzsch nur in der bisher bestehenden Breite (vorhandener Ausbauquerschnitt) und nur mit dem bisher vorhandenen Deckenaufbau wiederhergestellt. Wird jedoch ein aufwendigerer Ausbau gewünscht, gehen die Mehrkosten zu Lasten des jeweiligen Straßenbaulastträgers.

2. Widmung, Umstufung, Einziehung

Die im Regelungsverzeichnis im Einzelnen dargestellten Widmungen, Umstufungen und Einziehungen werden mit folgender Maßgabe verfügt:

1. Die neu zu bauenden Straßen bzw. Straßenbestandteile werden entsprechend ihrer im Regelungsverzeichnis angegebenen Verkehrsbedeutung gewidmet, wobei die Widmung mit der Verkehrsübergabe wirksam wird (§ 6, 13 SächsStrG).
2. Soweit sich die Verkehrsbedeutung von Straßen bzw. Straßenteilen ändert, werden sie umgestuft, wobei die Umstufung jeweils mit der Ingebrauchnahme für den neuen Verkehrszweck wirksam wird (§ 7 SächsStrG).
3. Soweit öffentliche Verkehrsflächen jegliche Verkehrsbedeutung verlieren, werden sie eingezogen mit der Maßgabe, dass die Einziehung jeweils mit der Sperrung für den öffentlichen Verkehr wirksam wird (§ 8 SächsStrG).

Wird eine öffentliche Straße verbreitert, begradigt, unerheblich verlegt oder ergänzt, so gilt der neue Straßenteil durch die Verkehrsübergabe als gewidmet. Wird in diesem Zusammenhang der Teil einer Straße dem Verkehr auf Dauer entzogen, so gilt dieser Straßenteil durch die Sperrung als eingezogen (§ 8 SächsStrG). Wenn Teile einer Straße nach SächsStrG in eine andere, ebenfalls dem SächsStrG unterfallende Straße einbezogen werden, wird die Umstufung mit der Ingebrauchnahme für den neuen Verkehrszweck wirksam.

Ansonsten wird die Widmung, die Aufstufung, sowie die Abstufung oder Einziehung von Straßen nach SächsStrG außerhalb der Planfeststellung in einem gesonderten Verfahren verfügt.

3. Vorübergehende Inanspruchnahme von Geländeflächen für Baumaßnahmen

Der Vorhabenträger sichert sich mit dieser Planfeststellung während der gesamten Bauzeit das Recht, zusätzliche Geländestreifen als Arbeitsstreifen nach Maßgabe der Grunderwerbspläne vorübergehend in Anspruch zu nehmen.

4. Straßensperrungen, Umleitungen, Zufahrten

Soweit während der Bauzeit öffentliche Straßen und Wege gesperrt werden müssen oder Umleitungen notwendig werden, gelten hierfür die Bestimmungen des § 35 SächsStrG.

Private Grundstückszufahrten werden im Zuge der Bauarbeiten nach Maßgabe der Planunterlagen bzw. im Einvernehmen mit den Eigentümern wiederhergestellt.

5. Wasserrechtliche Tatbestände

Die Einleitung von Oberflächenwasser der Straße in oberirdische Gewässer und in den Untergrund bedarf der Erlaubnis gemäß §§ 2, 3, 8 und 19 Abs. 1 WHG und SächsWG. Diese Erlaubnis wird mit dem Planfeststellungsbeschluss ausgesprochen.

6. Ver- und Entsorgungsleitungen, Telekommunikationslinien

Notwendige Änderungen und Schutzmaßnahmen an Ver- und Entsorgungsleitungen werden im Planfeststellungsverfahren nur dem Grunde nach geregelt (ob und wie). Die Kostentragung wird gemäß Rechtslage außerhalb des Planfeststellungsverfahrens unter Zugrundelegung der „Hinweise zur Behandlung von Ver- und Entsorgungsleitungen sowie Telekommunikationslinien bei Straßenbaumaßnahmen des Bundes – Ausgabe 2006“ geregelt. Im Übrigen richtet sich die Kostentragung nach den zwischen der Straßenbauverwaltung und dem Versorgungsunternehmen bereits abgeschlossenen Vereinbarungen (Rahmenverträge).

Die Kostentragung für Verlegungs- oder Anpassungsmaßnahmen an Telekommunikationslinien richtet sich nach den §§ 68 ff des Telekommunikationsgesetzes (TKG).

Etwaige Vorteile für Versorgungsunternehmen sind auszugleichen entsprechend den „Richtlinien über den Vorteilsausgleich bei Änderung von Anlagen der öffentlichen Versorgung infolge Straßenbaumaßnahmen“.

7. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zum Schutz von Natur und Landschaft

Um bei Gestaltung und Pflege der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen die naturschutzfachliche Zielsetzung auf Dauer zu gewährleisten, gilt für Eigentum und Unterhaltungslast, vorbehaltlich anderer Regelungen im Einzelfall, folgendes:

⇒ Bei Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erwirbt der Vorhabenträger das Eigentum. Der jeweilige Baulastträger übernimmt die Unterhaltungslast, die auch die dem Ausgleichs- und Ersatzziel entsprechende Pflege der Flächen umfasst.

Die Vergabe der Unterhaltung an Dritte wird durch Vereinbarung geregelt. In besonders gelagerten Fällen gehen die Flächen nicht in das Eigentum der Straßenbauverwaltung über. Die dauerhafte Funktionserfüllung wird hier durch Grundbucheintrag (z. B. Auflagen zur Bewirtschaftung) gesichert.

Die notwendigen Anlagen für Naturschutz- und Landschaftspflege sind in der Unterlage 12 enthalten.

Abkürzungsverzeichnis

S 65	Staatsstraße 65
Bau-km	Baukilometer
DN	Nenndurchmesser
Flurstück	Flurstück-Nummer
FStrG	Bundesfernstraßengesetz
FStrKrV	Bundesfernstraßenkreuzungsverordnung
GVS	Gemeindeverbindungsstraße
lks	links
lfd. Nr.	laufende Nummer im Regelungsverzeichnis
RAL 2012	Richtlinien für die Anlage von Landstraßen Ausgabe 2012
re	rechts
RQ	Regelquerschnitt
SächsStrG	Sächsisches Straßengesetz
TWL	Trinkwasserleitung
WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz- WHG)